

Bei der SP Aargau zu No No Billag

Spreitenbach, 25. Januar 2018

ML

Vor 50 Jahren bedeutete Spreitenbach den Inbegriff von Freiheit. Hier gab es richtige Hochhäuser, in denen man unverheiratet wohnen durfte. Wilde Zürcher und Berner Paare haben da zusammengelebt, weil das Konkubinat toleriert wurde.

Einige dieser Paare haben dann doch noch geheiratet. In einem Fall wurden beide in den NR gewählt. Er war grün, sie SP.

Auch heute ist der Kanton Aargau der freiheitlichste der Schweiz. Avenir Suisse hat das exakt ausgerechnet.

Ich dachte zunächst, das sei, weil die SP letztes Jahr in den Gemeinden derart erstarkt ist.

Aber avenir suisse hat andere Kriterien für den Begriff der Freiheit. Sie spricht ja auch von einer „Freiheitsquote“.

Man kann sie messen die Freiheit und zwar an klaren Kriterien, welche der Denk Tank aufzählt:

- Wenig Beschäftigte im öffentlichen Sektor (Freiheit!),
- Freie Schulwahl (Freiheit für wenige statt für alle!),
- lange Ladenöffnungszeiten (Freiheit – auch nicht ganz für alle!) und:
- wenig Radarfallen (die totale und ultimative Freiheit).

- (auch von der Verpflichtung, Flüchtlinge aufzunehmen, kann sich eine Gemeinde freikaufen. Kommt einfach manchmal teurer als man meint.)

Und bald soll eine neue Freiheit geschaffen werden:
Keine Radio- und TV Gebühren mehr zahlen!

Zwischen 1968 und 2018 haben sich Begriffe wie „liberal“ oder „Freiheit“ ziemlich verändert. Die No billag Initiative zeugt von dieser Veränderung.

Ich habe nicht wirklich Angst, dass die SP Aarau die Ja Parole beschliesst, und ich befürchte auch nicht mehr so stark, dass die Initiative angenommen wird. Dennoch besteht Anlass zur Unruhe:

Wie konnte es soweit kommen, dass eine No billag überhaupt eingereicht und dass sie ernst genommen werden muss?

1989 fiel der Eiserne Vorhang.

Vorher, im kalten Krieg, hatte sich der Kapitalismus gegenüber dem Kommunismus noch moralisch zu behaupten.

Werte wie Solidarität gegenüber Minderheiten oder nationaler Zusammenhalt wurden auch von der Wirtschaft mitgetragen, so auch der service public, der diesem Zusammenhalt diente.

Mit dem Fall der Mauer trat die wirtschaftliche Globalisierung ihren konkurrenzlosen Siegeszug an und mit ihr die Verabsolutierung vom Wert der Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Eine eigentliche Ökonomomanie begann uns zu beherrschen.

In ganz Europa wurde die wirtschaftliche Liberalisierung vorangetrieben. Sie war auch die grosse Klammer der bilateralen Verträge unseres Landes mit der EU.

Wir waren von der Liberalisierung auch selber überzeugt, auch unsere Partei, auch ich.

(Kritischer waren schon damals Gewerkschaften und der Parteiflügel in der Romandie.)

Post, Telefonie, Energiemarkt, Flugverkehr, der Zugang auf das Schienennetz wurden liberalisiert. Auch die elektronischen Medien:

Lokale und private Radio- und Fernsehsender wurden zugelassen. Schweizerische Werbefenster ausländischer Privatsender ebenfalls, (sie waren in bilateralen Verträgen geregelt).

Mein erster Entwurf für ein neues Radio- und Fernsehgesetz sah ein duales System vor, nämlich eine SRG ganz ohne Werbung und private Sender, die in der Programmgestaltung völlig frei gewesen wären. Der Entwurf hatte keine Chancen. Sowohl die SRG als auch die privaten Sender wie auch die meisten Parteien zerpfückten die Idee.

Wettbewerb, so die Überzeugung, werde ein unternehmerisches, ein effizienteres Denken fördern.

Die erste Folge dieses Wettbewerbes zwischen bundesnahen Betrieben und der freien Wirtschaft bestand dann aber darin, dass die Löhne der CEOs, so hiessen die Direktoren jetzt, drastisch heraufgesetzt wurden.

Auch bei der SRG. Der damalige Generaldirektor (Walpen) erschien in die entscheidende Sitzung mit einer Liste, auf der stand, wieviel Barnevik (ABB), Ospel (UBS) und Vasella (Novartis) verdienten.

Er fand seinen Lohn zu niedrig.

Hauptsache war ihm und den CEOs von Post, Swisscom und der SBB, dass ihr Lohn höher als derjenige eines Bundesrates angesetzt wurde.

Das war von grundsätzlicher Bedeutung:

Es galt, das Primat der Wirtschaft über die Politik symbolisch zu unterstreichen.

Zudem führte das ganze Denken in Kategorien des Wettbewerbes in all diesen Betrieben weg von qualitativen hin zu quantitativen Kriterien. Das galt auch für das gesamte TV-Programm, nämlich zu einem Denken in Einschaltquoten.

Als Fernsehdirktorin holte der Generaldirektor eine Frau aus der Werbung und fortan wurde jede Bemerkung zum Inhalt einer Sendung gekontert mit:

„Die Einschaltquote betrug aber xy %.“

Diese Mentalität verfestigte sich. Das Programm wurde entsprechend gestaltet.

Die Geister der Liberalisierung, die wir riefen, wurden wir nicht los.

Die verselbständigten Bundesbetriebe fühlen sich weniger dem nationalen Zusammenhalt unseres Landes verpflichtet, sondern sehen die Kunden als Masse von Milchkühen, die mit Roaminggebühren, mit undurchsichtigen Preisgestaltung übers Ohr gehauen werden.

Da macht sich Unmut breit.

- Unmut über die PR Sprüche der SBB:

„Geniessen Sie köstliche Speisen in der Mitte des Zuges.“

(auf der Treppe neben dem offenen WC, dessen Türe sich nicht schliessen lässt.)

- Unmut über die nicht nachvollziehbare

Tarifgestaltung der Swisscom:

«Die verschiedenen Tarife werden vom Computer bestimmt. Ich kann sie Ihnen nicht erklären.“ Aber: „Wir nehmen Ihre Anliegen ernst.»

- Unmut darüber, wie die Swiss nur den Schweizer Kunden Gebühren für Kreditkarten verlangt und für abgesagte Flüge keine Entschädigung zahlt:

«Wir nehmen Ihre Anliegen ernst, bedauern, Ihnen keinen besseren Bescheid geben zu können und freuen uns, Sie bald wieder an Bord begrüßen zu dürfen.»

- Unmut auch über ein Programm der SRG, das jeden und jede gelegentlich aufregt, sei es wegen der vielen Werbung, sei es wegen Quotenbolzerei mit etwas gar seichten Unterhaltungssendungen, oder wegen einzelnen Inhalten.

An diesen Unmut appellieren nun die Konkurrenten der SRG.

Sie wollen mit ihrer Initiative eine kahle Bresche in das Mediengefüge schlagen, um sich danach mit ihren Vorstellungen und Werten breitzumachen.

Es sind die Milliardäre hinter der Basler Zeitung oder hinter den Medien, die sich zum Beispiel Goldbach nennen.

Wenn diese Leute Gold sagen, dann meinen sie Gold!

Goldbach besorgt die Werbeeinnahmen von SAT und VOX in den Schweizerfenstern. Sie sind die ernst zu nehmende Konkurrenz der SRG, nicht die Lokalmedien. Nationalrätin Ricklin hat als Vertreterin der Goldbachmedien während Jahren einen politischen, aber wirtschaftlich motivierten Kreuzzug gegen die Konkurrentin SRG gefahren.

Goldbach fusioniert nun mit den TA-Medien.

Das Muster des Kampfes gegen die SRG ist das gleiche, wie wir es bei Trump, bei Brexit oder der AfD beobachten: Globalisierung, Liberalisierung, zum Teil Privatisierungen und die Auslagerung der inhaltlichen Leistungen an Werbefirmen und ihren Wortschablonen haben zu einer Entfremdung geführt.

Viele fühlen sich heimatlos, machtlos und frustriert.

An diese Gefühle wird nun in populistischer Manier appelliert. Die

Die NZZ giftet hemmungslos: «Wir brauchen kein Staatsfernsehen».

Egoistische und vordergründige Instinkte werden geweckt, me first: Leider höre ich Sätze wie:

- Wieso soll ich für eine Sendung bezahlen, die ich gar nicht schaue?
- Ich zahle doch nicht Beiträge, um dann nur Werbung zu sehen.
- „Eine Sprecherin der Tagesschau trägt einen Nasenring! Und fällt dann noch in Ohnmacht!“ „Ein Sprecher von 10 vor 10 tut auch so affektiert!“ „Und der de Weck wirkt abgehoben.“ So hören wir.
- Und: „Alle Journalisten sind links!“
Wenn Herrliberg der Nabel der Welt ist, steht man bald einmal links.
- Die Befürworter sagen nun: „Zuviel Unterhaltung!“
Wie scheinheilig, denn genau die Einschaltquoten will die Konkurrenz mit eigener Unterhaltung erringen.

Von daher ist die elitäre Süffisanz der NZZ gegen Serien oder gegen Glanz & Gloria nichts als ein Kriegsgeschrei, um nach der Zerstörung die Beute aufteilen zu können.

Das sind eigene handfeste wirtschaftliche Interessen.

Und wie bei Brexit wird ausgeblendet, was denn tatsächlich nach einem Ja geschieht. Die Initiative verbietet ausdrücklich jede Unterstützung für Sender «in Friedenszeiten». Die einzige legale Möglichkeit, die SRG mit einem Plan B weiterzuführen, wäre:

Wir erklären der EU den Krieg. Dann sind wir nicht mehr in Friedenszeiten. Das wünschen sich ja einige der Initianten schon lange.

Es misst sich die Medienpolitik nicht an der kumulierten Unzufriedenheit mit einzelnen Sendungen der SRG.

Die Empfehlung, wir sollen immer nur im unmittelbar eigenen Interesse abstimmen, ist eine Pervertierung der Demokratie. Demokratie bedeutet nicht, die eigenen Interessen wahrzunehmen, sondern diejenigen des ganzen Landes.

Diese Verantwortung haben die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen in unserer direkten Demokratie bis jetzt sehr wohl wahrgenommen.

Zu unserer Schweiz gehören Minderheiten, zum Beispiel Seh- und Hörbehinderte, welche die SRG gemäss Gesetz berücksichtigen muss (Gebärdensprache, Untertitelung etc).

Das kostet etwas und das kann man nicht mit Werbung finanzieren. Denn die Werbung sucht die Mehrheit, die hohe Einschaltquote.

Wenn private Sender übernehmen, dann gelten andere Kriterien:

- Rätoromanen rentieren nicht. Italienisch sprachige Gegenden auch nicht.
- Dazu kommen kulturelle Bedürfnisse, die immer nur Minderheiten ansprechen.

Es geht nicht nur um einzelne Sendungen, die ausdrücklich unter dem Titel Kultur erscheinen. Die kulturelle Bedeutung unseres Zusammenlebens wird auch in Serien oder in Unterhaltungssendungen thematisiert. Die SRG finanziert auch Filmproduktionen oder Musik, was mit Annahme der Initiative verunmöglicht würde.

Ein Abo des TA kostet über 500 Franken, das der NZZ über 600 Franken. Je ideologischer, desto teurer.

365 Franken im Jahr, ein Franken pro Tag ist für diese Solidarität nicht zu viel. Offen bleibt nur, was in einem Schaltjahr mit 366 Tagen geschieht: Auf welche Sendung verzichten wir am 29. Februar?

Private Programmgestaltung ist auf Produktionen aus dem Ausland angewiesen. Wie steht es dann mit der viel beschworenen Autonomie unseres Landes, unserer Demokratie? Die Initiative ist ein trojanisches Pferd, die fremde Programmrichter einschleppen will.

Es sind nämlich nicht die national konservativen Kräfte, sondern neoliberale, globalkapitalistische Kreise, die sich über nationale Grenzen lustig machen und es überflüssig finden, dass die Schweiz in der Medienpolitik nationale Interessen pflegt.

Immer wieder höre ich:

„Wir müssen ein Zeichen setzen!“

Einverstanden. Setzen wir doch ein Zeichen!

- ein Zeichen gegen das Wutbürgertum
- ein Zeichen gegen Milliardäre, die darauf lauern, aus der Medienlücke, die sie sprengen möchten, Geld zu verdienen und ihre zu Ideologien verbreiten,
- ein Zeichen für Kultur, als Infrastruktur unseres Landes.
- ein Zeichen für die Solidarität mit den anderen Sprachregionen,
- ein Zeichen für den Zusammenhalt unseres Landes.

Dieses Zeichen wollen wir mit einem wuchtigen Nein setzen!